

Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Kiel

4. AG-Sitzung am 14.02.2017 von 17.05-19.35 Uhr im Ratsherrenzimmer des Rathauses, Fleethörn 9

Version: 2.0 | Datum: 20.02.2017 Barbara Linden-Petersen, Julia Fielitz

Projekt	Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Kiel
Thema	AG 4

Programmablauf

1.	Begrüßung und Ablauf
2.	Vorstellung der Textbausteine <ul style="list-style-type: none"> • Hintergründe und Entstehungsprozess • Inhalte der Textbausteine
3.	Rückblick auf Politik- und Verwaltungswerkstatt <ul style="list-style-type: none"> • Einblicke in Ablauf, Inhalte, Stimmung und Ergebnisse • Rückmeldungen von AG-Mitgliedern, die an Werkstätten teilgenommen haben: Was haben Sie aus der Politik-/Verwaltungswerkstatt mitgenommen?
4.	Die Vorhabenliste im Blick <ul style="list-style-type: none"> • Erklärungen zur Vorhabenliste • Kurze Vorstellung der Mindmap von Frau Teichert und Herrn Kumkar • Offene Fragen zur Vorhabenliste aus den Werkstätten • Praxiserfahrungen aus Wolfsburg (aus Telefonat zwischen Zebralog und Bürgerbüro Wolfsburg) • Diskussion im Plenum
5.	Veranstaltungskonzept zur Bürgerwerkstatt <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung des Veranstaltungskonzeptes und Feedback • Die Rolle der AG-Mitglieder auf der Werkstatt
6.	Organisatorisches und weitere Schritte <ul style="list-style-type: none"> • Termine für die nächsten AG-Sitzungen

1. Begrüßung

Julia Fielitz von Zebralog begrüßt die Teilnehmenden und stellt die Themen der heutigen Sitzung vor. Als Gast wird eine Baureferendarin begrüßt, die zurzeit im Stadtplanungsamt beschäftigt ist. Frau Wiese-Krukowska wird heute durch Frau Koch vertreten.

Damit die Teilnehmenden warm werden und ins Gespräch kommen, bittet die Moderatorin eingangs die Teilnehmenden sich jeweils eine der ausliegenden Postkarten auszuwählen, die sie persönlich besonders anspricht bzw. welche die derzeitige Stimmung der Person ausdrückt. Die Teilnehmenden stellen sich anschließend jeweils zu zweit zusammen und stellen einander kurz die verschiedenen Postkarten vor. Dabei erläutern sie dem Gegenüber was sie persönlich bewegt.

2. Vorstellung der Textbausteine

Frau Fielitz erläutert die Entstehung der Textbausteine: Um auf den bereits erarbeiteten Ergebnissen aufzubauen, diese zusammenzufassen und nicht immer wieder mit neuen offenen Fragen zu arbeiten, hat Zebralog in enger Abstimmung mit der Koordinierungsstelle aus den Gliederungspunkten der letzten AG-Sitzung, unter Einbeziehung der Anmerkungen aus der öffentlichen Auftaktveranstaltung am 14.10.2016 sowie aus den Dokumentationen der drei ersten AG-Sitzungen Textbausteine zusammengestellt. Diese Textbausteine wurden den Teilnehmenden der Politikwerkstatt (am 26.01.2017) und der Verwaltungswerkstatt (27.01.2017) bereits im Vorfeld zugeschickt. Auf den Werkstätten hingen die Textbausteine auf Pinnwänden aus. Die Teilnehmenden der Werkstätten hatten die Gelegenheit sich mit den Textbausteinen auseinanderzusetzen und Anmerkungen auf Moderationskarten zu schreiben, die zu den Textbausteinen gehängt wurden. Die Dokumentation der Werkstätten wird mit diesem Protokoll versandt.

Die Moderation bedankt sich bei zwei AG-Mitgliedern, die seit der letzten AG-Sitzung eigenständig an den Leitlinien weitergearbeitet haben: Ein AG-Mitglied verfasste das Vorwort für die Textbausteine. Ein weiteres erstellte gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Verwaltung eine Mindmap zur Vorhabenliste. Diese wurde im Verlauf der Sitzung noch vorgestellt.

Die Textbausteine sind als Diskussionsgrundlage und Arbeitsmaterial zu verstehen und sollen im weiteren Prozess erweitert, verändert und konkretisiert werden.

Nach dem Vorwort über Bürgerbeteiligung folgen im Textentwurf die Grundsätze zum Verständnis von Bürgerbeteiligung:

- Was verstehen wir unter Bürgerbeteiligung?
- Bürgerbeteiligung in Kiel hat klare Ziele und Spielregeln.
- Bürgerbeteiligung in Kiel ist verbindlich und verlässlich.
- Bürgerbeteiligung in Kiel setzt auf Transparenz und frühzeitige Information
- Bürgerbeteiligung in Kiel ist ein Dialog auf Augenhöhe
- Bürgerbeteiligung in Kiel richtet sich an alle Kielerinnen und Kieler
- Bürgerbeteiligung in Kiel legt Rechenschaft ab

- Für Bürgerbeteiligung in Kiel werden genügend Ressourcen bereitgestellt. Sie erfordert besondere Fähigkeiten und Kompetenzen.
- Bürgerbeteiligung in Kiel heißt Dialog mit klarer Haltung. Sie stärkt Einwohnerschaft, Politik und Verwaltung in ihrer Dialogfähigkeit.
- Bürgerbeteiligung in Kiel lernt aus Erfahrung.

Die weiteren Themen der Textbausteine sind die Vorhabenliste, die Initiierung von Bürgerbeteiligung (formlos oder mittels einer Unterschriftenliste) sowie die mögliche Einbindung der Wirtschaft. Die Informationsvermittlung und die aktivierende Ansprache, das Beteiligungskonzept, die Durchführung der Beteiligung sowie die Auswertung und Dokumentation, Rechenschaft und Entscheidung durch die Politik sowie die Evaluation am Ende eines Prozesses sind zu diskutieren und festzuschreiben.

In der Zusammenstellung der Textbausteine, die vor den Werkstätten auch an die AG-Mitglieder versandt wurden, ist in einer Extraspalte eine genaue Quellenangabe enthalten, so dass leicht nachvollziehbar ist, aus welcher Äußerung auf vorherigen Veranstaltungen sie entwickelt und die Ideen so textlich umgesetzt wurden.

3. Rückblick auf Politik- und Verwaltungswerkstatt

Die Moderation gibt einen Rückblick auf die durchgeführten Werkstätten: Am 26. Januar kamen 14 Politikerinnen und Politiker aus der Ratsversammlung und den Ortsbeiräten im Ratssaal zusammen sowie einige Mitglieder der Leitlinien-AG. Sie beschäftigten sich mit den Textbausteinen und bildeten anschließend Kleingruppen zu den Themen:

- Erstellung, Bearbeitung und Veröffentlichung der Vorhabenliste
- Initiierung von Beteiligungsverfahren
- Erstellung und Inhalte des Beteiligungskonzeptes.

Am 27. Januar fanden sich 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und AG-Mitglieder im Ratssaal ein, um sich innerhalb von vier Stunden ebenfalls mit den Textbausteinen sowie in Kleingruppen mit drei verschiedenen Phasen der Beteiligung zu befassen:

- Anregung und Entscheidung über Durchführung
- Vorbereitung, Kommunikation, Durchführung
- Auswertung, Entscheidung, Rechenschaft und Evaluation.

Die Ergebnisse sind der beigegeführten Dokumentation zu entnehmen.

Frau Fielitz bittet die heute Anwesenden, die bei den Werkstätten mitgewirkt haben, ihre Eindrücke zu schildern.

Ein Teilnehmer war erstaunt, wie unterschiedlich Bürgerbeteiligung in der Verwaltung noch wahrgenommen wird und dass Bürgerbeteiligung nicht überall Standard ist. Offenbar scheint es Angst vor Machtverlust durch Bürgerbeteiligung zu geben. Ein anderes Mitglied der AG hatte den Eindruck, dass die Veranstaltung kurzfristig durch einige Wortbeiträge von Teilnehmern aus

dem Ruder zu laufen drohte, was aber später wieder aufgefangen wurde. Insgesamt war ihm die Zeit zu kurz für die Vielzahl an Themen wie z.B. Ressourcen, Rolle der Ortsbeiräte und der Ratsversammlung. Ein anderer Teilnehmer nennt ebenfalls die sehr unterschiedlichen Sichtweisen der Verwaltung hinsichtlich Bürgerbeteiligung und die genau zu definierende Rolle und Zuständigkeit der Koordinierungsstelle. Eine Anregung lautet, dass der Rahmen und die Stufe der Beteiligung immer sehr klar definiert sein müssen.

Fazit der Politikwerkstatt ist u. a., dass die Rolle der Ortsbeiräte in Bezug auf Bürgerbeteiligung noch zu klären und in den Leitlinien zu berücksichtigen ist.

Bei der Verwaltungswerkstatt ergab sich eine große Bandbreite der Sichtweisen, viele Fragen waren offen. Es gibt offenbar noch kein gemeinsames Verständnis von Bürgerbeteiligung.

4. Die Vorhabenliste im Blick

Frau Fielitz stellt die Verankerung von Vorhabenlisten in den Leitlinien anderer Städte vor (Heidelberg, Wolfsburg, Darmstadt, siehe auch die im Oktober übersandte, durch die Koordinierungsstelle gefertigte Übersicht über Leitlinien anderer Städte). Die Vorhabenlisten sind Informationsinstrumente der Verwaltung und sind erst einmal unabhängig von einer Bürgerbeteiligung. Auf einer Vorhabenliste können sowohl Vorhaben stehen, bei denen eine Beteiligung vorgesehen ist, wie auch Vorhaben, bei denen keine Beteiligung vorgesehen ist. Wenn eine Verwaltung eine Vorhabenliste einführt, bedeutet dies nicht, dass sie automatisch mehr Bürgerbeteiligung durchführt. Die Liste ist vielmehr eine transparente Übersicht über die Vorhaben, die eine Kommune ohnehin plant.

Die Vorhabenliste umfasst in den meisten Kommunen Planungen aus verschiedenen Bereichen, z.B. Grünflächen, Kulturplanung oder Radwege. Kleine städtische Vorhaben ohne große Bedeutung oder Gestaltungsspielraum (Beispiel Gullideckel) sind in Vorhabenlisten nicht enthalten.

Die Vorhabenlisten enthalten Steckbriefe, aus denen die Art von Vorhaben hervorgeht. In Vorhabenlisten sind Maßnahmen aufgelistet, die für Kommunen von Bedeutung sind und für die ein Gestaltungsspielraum besteht. Vorhaben können auch als Quelle zur Identifikation von Maßnahmen dienen.

In Darmstadt und Heidelberg sind die Vorhabenlisten online einsehbar. Auf der Internetseite können Nutzerinnen und Nutzer die Steckbriefe nach unterschiedlichen Kategorien filtern (Stadtteil, Themengebiet, mit bzw. ohne geplante Bürgerbeteiligung oder Beteiligung noch offen, [...]). Auf die Frage, ob im Internet jeweils aktuelle Sachstände zu finden sind, antwortet Frau Fielitz, dass (laut einem Telefonat mit dem Büro für Mitwirkung) die Stadt Wolfsburg z.B. die Papierform möglichst aufheben möchte. Der Grund ist: Eine Vorhabenliste im Internet kann einfacher auf dem aktuellsten Stand gehalten werden als eine Papierversion.

Die geplanten vier Beschlüsse für die Vorhabenliste pro Jahr haben sich in Wolfsburg nicht als praktikabel erwiesen, da die Zeitabstände für Ratsbeschlüsse zu gering waren. Bislang wurde die Vorhabenliste zweimal beschlossen und veröffentlicht.

Frau Teichert stellt zusammen mit Herrn Kumkar eine gemeinsam entwickelte Mindmap zur Vorhabenliste vor. Die verschiedenen Themenbereiche orientieren sich z.B. an dem Internetauftritt der Landeshauptstadt Kiel. Die einzupflegenden Daten orientieren sich am Darmstädter Modell. Zu jedem Vorhaben könnte es einen einzelnen Vorhabensteckbrief geben. Es wird von den Vortragenden herausgestellt, dass beispielsweise noch zu klären ist, welche Vorhaben auf die Liste kommen und ob die Aufnahme in die Vorhabenliste eine aufschiebende Wirkung hinsichtlich des weiteren Ablaufs des Vorhabens haben kann. Es wird geäußert, dass ggf. bei großem Handlungsdruck (Beispiel Suche nach Flüchtlingsunterkünften im vergangenen Jahr) keine Bürgerbeteiligung stattfinden sollte. Die Verwaltung sollte deutlich herausstellen, wann und aus welchen Gründen keine Bürgerbeteiligung möglich oder sinnvoll ist. Dies würde einen notwendigen Rahmen setzen und Grenzen aufzeigen.

Um zu verbildlichen, bei welchen Vorhaben eine Beteiligung ausgeschlossen ist, wird von der Koordinierungsstelle zur nächsten Sitzung eine Negativliste erstellt.

Diskutiert werden im Folgenden die Fragen:

- Welche der von der Ratsversammlung oder den Ausschüssen beschlossenen Vorhaben sollen direkt in die Vorhabenliste aufgenommen werden?
- Welches sind die Kriterien für die Aufnahme von Vorhaben in die Vorhabenliste? Z.B. Betroffenheit einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern, große politische Bedeutung, breites Interesse kann unterstellt werden.
- Welche Zeitpunkte eignen sich, um Vorhaben in die Vorhabenliste einzupflegen?
- Wie kann es gelingen, dass in der Vorhabenliste immer der aktuelle Sachstand eingesehen werden kann?

In der anschließenden Diskussion wird überwiegend positiv eingeschätzt, wenn auf der Vorhabenliste nicht nur solche Vorhaben erscheinen, bei denen eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist. Besonders die AG-Mitglieder aus der Einwohnerschaft sprechen sich dafür aus, dass auch Vorhaben, bei denen keine Beteiligung vorgesehen ist, auf der Liste erscheinen sollten. Aus Sicht der Verwaltung wird betont, dass die Anzahl der Vorhaben, die auf der Liste erscheinen, dabei überschaubar bleiben müsse, d.h. es braucht Kriterien, die die Anzahl der Vorhaben auf der Vorhabenliste auf eine übersichtliche Zahl begrenzt.

Die Vorhabenliste sollte nicht suggerieren, dass zu allen Vorhaben auf der Liste auch tatsächlich Bürgerbeteiligung vorgesehen ist. Unkritisch wurde gesehen, dass Beschlüsse, die von der Ratsversammlung getroffen worden sind, direkt auf die Liste gesetzt werden sollen.

Vorhaben, bei denen per se eine Beteiligung ausgeschlossen ist, sollen nach Auffassung einiger Teilnehmer hingegen nicht auf der Liste erscheinen. Andere Teilnehmer merken an, dass man solche Vorhaben durchaus aufnehmen könnte, dann aber begründen sollte, warum keine Beteiligung möglich ist. Dies dient der Transparenz. Außerdem könnte dann immer noch eine Informationsveranstaltung angeregt werden.

Fraglich ist, ob Bundes- oder Landesmaßnahmen, auf die Kieler Bürgerinnen und Bürger keine Einflussmöglichkeit haben, zum Zwecke der Information aufgelistet werden sollen. Die Moderation merkt an, dass in Wolfsburg keine Bundes- und Landesvorhaben in die Liste aufgenommen werden.

Von der Arbeitsgruppe wurde geäußert, dass die Vorhaben zu einem frühen Zeitpunkt benannt werden sollten, beispielsweise drei Monate vor beschluss der Ratsversammlung. Einigkeit bestand darüber, dass es möglich sein muss, die Liste nach Aktualität chronologisch zu ordnen. Die Dokumentation des aktuellen jeweiligen Sachstandes eines Vorhabens sowie Projektinformationen sind den Anwesenden wichtig.

Von der Arbeitsgruppe wird in Bezug auf den Steckbrief ferner gewünscht, dass die Stufe der Bürgerbeteiligung (Information, Konsultation, Mitwirkung) bei dem jeweiligen Vorhaben genannt wird.

Informationen über laufende Beteiligungsverfahren sollten von der Vorhabenliste aus auch auf die jeweilige Internetseite der Stadt verlinkt sein, über die es mehr Informationen zur Beteiligung gibt. In diesem Zusammenhang wird seitens eines AG Mitglieds vorgeschlagen, dass Internetseite der Kieler Ortsbeiräte auf die Vorhabenliste verlinkt. Die Ortsbeiräte könnten die Vorhaben zudem in den Ortsbeiratssitzungen vorstellen.

Frau Fielitz stellt verschiedene Kriterien für Vorhaben von anderen Leitlinien vor. Zu den Kriterien werden die Beispiele aus Darmstadt (alle städtischen Angelegenheiten, bei denen ein Gestaltungsspielraum besteht) und aus Heidelberg (das Interesse einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern kann unterstellt werden bei gesamtstädtischen und stadtteilbezogenen Maßnahmen) als positiv eingeschätzt.

Die Frage nach Kriterien für die Kieler Vorhabenliste wird anschließend intensiv diskutiert. Es wird festgestellt, dass es schwierig ist, sich auf harte Kriterien festzulegen. In Wolfsburg stellt zum Beispiel das Finanzvolumen von einer Million Euro ein Kriterium dar. Weiche Kriterien wie das Interesse oder die Betroffenheit einer Vielzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern hingegen regeln nicht eindeutig, ob ein Vorhaben auf die Vorhabenliste kommt. Es wird daraufhin die Frage aufgeworfen, wer über die Aufnahme von Vorhaben in die Liste entscheidet. Nach der Einschätzung von einigen Teilnehmenden, sollte diese Entscheidung bei der Verwaltung bzw. den zuständigen Dezernaten liegen. Andere Mitglieder der Arbeitsgruppe äußern hingegen den Wunsch nach festen Kriterien und dass die Aufnahme von Vorhaben in die Liste keine Auslegungssache sein soll.

Die Pflege der Vorhabenliste könnte bei der Koordinierungsstelle angesiedelt sein, die laufend Informationen der Fachämter erhält und diese in der Liste zusammenträgt.

Einigkeit besteht darüber, dass Transparenz ein zentrales Thema der Vorhabenliste ist, die Aufnahme aller Vorhaben würde als vertrauensbildende Maßnahme dienen. Eine Notwendigkeit, die Vorhabenliste laufend neu von der Ratsversammlung zu beschließen, wird nicht gesehen.

Festgehalten wurde anschließend, dass die AG sich auf Kriterien einigen muss, die sie gegenüber der Öffentlichkeit vertreten kann. In diesem Zusammenhang wurde auch angeregt, dass in einer Evaluation zu einem späteren Zeitpunkt (zum Beispiel nach einjähriger Anwendung) die Kriterien hinsichtlich ihrer Tauglichkeit überprüft werden können.

Die Koordinierungsstelle erhält für die nächste AG Sitzung die Aufgabe, verschiedene Varianten für eine Kieler Vorhabenliste (mit unterschiedlichen Kriterien) zu erstellen

5. Veranstaltungskonzept zur Bürgerwerkstatt

Die Bürgerwerkstatt findet am 9. März 2017 von 17.00 Uhr bis 19.30 Uhr in der Sozialkirche in der Stoschstraße 52 in Kiel-Gaarden statt. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kann das Veranstaltungskonzept nicht mehr ausgiebig besprochen werden. Die Koordinierungsstelle hat die üblichen Werbemaßnahmen ergriffen (Flyer durch Werbemittelverteiler in Cafés und Geschäftslokalen, Plakate, Anschreiben an Multiplikatoren, Informationen auf der Website der Stadt und im Veranstaltungskalender, Pressemitteilungen). Außerdem wurden die Beiräte und das Ehrenamtsbüro informiert.

Auf der Bürgerwerkstatt wird der überarbeitete Textentwurf, mit den Ergebnissen der Werkstätten und dieser Arbeitsgruppensitzung, ausgestellt werden. Neben der Weiterentwicklung der Textbausteine sollen auf der Werkstatt mit den Teilnehmenden auch Strategien für eine aufsuchende Beteiligung entwickelt werden.

Es wäre zu begrüßen, wenn möglichst viele AG-Mitglieder an der Bürgerwerkstatt teilnehmen könnten. Sie werden gebeten, sich bei der Koordinierungsstelle anzumelden.

6. Organisatorisches und weitere Schritte

Die nächsten AG-Sitzungen sind geplant für

Mittwoch, 29.03.2017: 5. AG-Sitzung (Ratsherrenzimmer)

Dienstag, 16.05.2017: 6. AG-Sitzung (Sitzungsraum im Souterrain des Rathauses)

Die folgenden Termine standen bei der AG-Sitzung noch nicht endgültig fest, haben sich aber mittlerweile wie folgt ergeben:

Mittwoch, 31.05.2017: Öffentliche Werkstatt (Ratssaal und Ratsherrenzimmer)

Donnerstag, 13.07.2017: 7. AG-Sitzung (Ratsherrenzimmer)

Donnerstag, 14.09.2017 8. AG-Sitzung (Ratsherrenzimmer)